



AUSGABE 05/2023 – 29. JUNI



**GÜNTER RUDOLPH**

Fraktionsvorsitzender

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die noch amtierende Koalition aus CDU und Grünen hat ihre Gemeinsamkeiten aufgebraucht. Das ist die unbestreitbare Erkenntnis aus der vergangenen Plenarwoche.

Besonders deutlich werden die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern ausgerechnet bei den Themen, die über die Zukunft unseres Landes entscheiden: Bei der Bildung, bei der Transformation von Wirtschaft und Arbeit in das digitale und CO<sub>2</sub>-freie Zeitalter – und beim Verkehr.

Auf unseren Antrag hat der Hessische Landtag eine Enquete-Kommission zur Mobilität der Zukunft in Hessen eingesetzt. Diese Kommission bot allen im Landtag vertretenen Parteien die Chance, im Austausch mit Expertinnen und Wissenschaftlern dazuzulernen, ihre eigenen verkehrspolitischen Positionen zu überprüfen und eine neue Vorstellung davon zu entwickeln, wie unser Land im Jahr 2030 und danach mobil bleiben kann.

Aber CDU und Grüne konnten diese Chance, die Zukunft zu gestalten, nicht nutzen.

Die Schlussdebatte im Plenum hat gezeigt, dass die CDU-Fraktion mit modernen Verkehrskonzepten nichts anzufangen weiß, während die Grünen aus Rücksicht auf den großen Koalitionspartner wieder einmal darauf verzichten, das Richtige zu vertreten. Der Abschlussbericht, der mit der Mehrheit von CDU und Grünen beschlossen wurde, bleibt unverbindlich und unkonkret. Aus diesem Grund hat meine Fraktion ein abweichendes Minderheitsvotum eingebracht, das Sie [hier](#) nachlesen können.

Darüber und über die anderen Themen, die wir in der zurückliegenden Plenarwoche im Hessischen Landtag behandelt haben, informieren wir Sie auf den folgenden Seiten. Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen

**Ihr Günter Rudolph**

## HESSEN ZUM BILDUNGSLAND NR. 1 MACHEN

### SPD-SETZPUNKT



In der Bildungsdebatte hat die SPD-Fraktion mit ihrem Setzpunkt die Bedeutung der Bildungspolitik in den Fokus gerückt. Bildungspolitiker Christoph Degen forderte, die großen Herausforderungen anzugehen: „Die Landesregierung ist am Ende. Es muss Schluss sein, mit einer Bildungspolitik ohne Haltung und ohne Ziele. Ein Kultusminister, der sich für Bildung nicht verantwortlich fühlt, keine Daten zum

Unterrichtsausfall erhebt und sein Kerngeschäft auf Schulträger verlagert oder nur die Hand aufhält, um Bundesmittel durchzuleiten, ist ein Zukunftszerstörer.“ Schwarzgrün präsentiert sich als Problemlöser, aber gehe die Probleme nicht an. „Es hagelt Kritik von allen Seiten, weil immer mehr hessische Schülerinnen und Schüler in Leistungsvergleichen nicht die Mindeststandards erreichen. Schulleitungen protestieren, weil eine Vielzahl von Stellen nicht besetzt werden und neu geschaffene Stellen nur auf dem Papier existieren. Lehramtsstudierende stimmen mit den Füßen ab, wechseln scharenweise in andere Studiengänge oder brechen ab, weil die Arbeit an den Schulen nicht mehr attraktiv und das Lehramtsstudium

alles andere als zukunftsfähig ist“ Degen betonte, dass für die Bekämpfung des Fach- und Lehrkräftemangels ein Umsteuern erforderlich sei. Hessen brauche einen konkreten Ausbauplan für mehr Ganztagschulen. Das sei wesentlich für Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch Inklusion werde weiter auf dem Rücken der Kollegien verwaltet aber nicht gestaltet. „Prioritäten wurden seit Jahren falsch gesetzt, Bedarfe und Daten entweder nicht erhoben oder schön geredet. Es braucht Lehrkräfte an den Schulen, einen qualifizierten Quereinstieg und eine schulscharfe sozialindizierte Zuweisung, damit benachteiligte Kinder und Jugendliche besser gefördert werden. Wir wollen allen Chancen geben, statt sie zu nehmen“, so Degen.

### SPD-VOTUM ZUR ENQUETE

In der Debatte über die Ergebnisse der Enquetekommission „Mobilität der Zukunft Hessen 2030“ erläuterte der stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Tobias Eckert, warum seine Fraktion ein eigenes Votum in die Diskussion eingebracht hat. „So positiv ich die fachlichen Debatten, den Austausch mit Expertinnen und Experten fand, so sehr bedauere ich, dass diese Debatten letztlich nur zu wenigen greifbaren Ergebnissen geführt haben. Wir haben zum Beispiel sehr intensiv über die Frage der landesplanerischen Verantwortung diskutiert und darüber, dass die Landesplanung über die Siedlungspolitik ihren Teil dazu

beitragen muss, kurze Wege zu ermöglichen und damit letztlich Verkehr zu vermeiden. Daraus hätte mehr werden müssen als die schmalen Thesen, die sich ab Seite 165 als allerkleinster gemeinsamer Nenner im schwarzgrünen Abschlussbericht finden“, sagte Eckert. Mobilität sei eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Leben. „Freiheit und Chancengleichheit setzen voraus, dass alle Menschen einen gleichwertigen Zugang zu Mobilität haben. Eine inklusive Gesellschaft hat deswegen Mobilität unabhängig von Wohnort, Einkommen oder Lebenssituation zu gewährleisten“, so Eckert. Dabei müsse man sich jedoch den Herausforderungen



durch den menschengemachten Klimawandel stellen und darauf richtig reagieren. Die SPD wolle deshalb drei Strategien nebeneinander nutzen, die sich gegenseitig verstärken würden: Erstens die Vermeidung von Verkehr, zweitens die Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und drittens die Verbesserung der einzelnen Verkehrsmittel.

# BESSERE AUSBILDUNG, MEHR QUALIFIZIERTE ZUWANDERER

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



In der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag darüber debattiert, wie der eklatante Fachkräftemangel in Hessen und in Deutschland durch eine gesteuerte Einwanderung und eine bessere Aus- und Fortbildung ausgeglichen werden kann. „Den Wohlstand unseres Landes sichern und unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen – das geht nur mit ausreichend vielen und gut qualifizierten Fachkräften. Derzeit ist die Zahl der offenen Stellen auf einem Höchststand, viele Ausbildungsstellen können nicht besetzt werden“, sagte Günther Rudolph in der Debatte. „Und deswegen sollten wir der Bundesregierung dankbar dafür sein, dass sie beim Thema der gesteuerten Zuwanderung und der Fachkräftesicherung handelt, nachdem die CDU im Bund 16 Jahre lang blockiert hat.“ Zuerst bräuchte es die Mobilisierung der inländischen Potentiale, anschließend müssten Arbeitskräfte aus dem Ausland gewonnen werden, um den Mangel auszugleichen: „Im Kern geht es bei der Fachkräftezuwanderung um drei Elemente: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial.“

## MEHR PERSONAL FÜR KITAS

„Der Fachkräftemangel darf nicht dazu führen, dass wir auf Qualität in Kitas verzichten“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin, Lisa Gnadl, in der Debatte um die Bedeutung des Erzieherberufs. Grundsätzlich bräuchte es bessere Rahmenbedingungen und Bezahlung für die Beschäftigten und mehr Wertschätzung. „Die Ausbildungskapazitäten müssen aufgestockt, das Schulgeld abgeschafft und die Ausbildung vergütet werden. Wir brauchen mehr Studien- und Ausbildungsplätze. Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, dass die Fachkräfte in den Kitas bleiben“, erklärt Gnadl. Aktuell müsse man jedoch kurzfristige Maßnahmen ergreifen, um Betreuungsangebote aufrecht zu erhalten. „Wir müssen denen, die gerne mit Kindern arbeiten wollen, Möglichkeiten geben, in Einrichtungen frühkindlicher Bildung zu arbeiten, und ihnen eine berufliche Perspektive und berufsbegleitende Weiterqualifizierung ermöglichen“, so Gnadl.



## TRANSFORMATION GESTALTEN

In einer von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde wurde über die Herausforderungen der ökonomischen und ökologischen Transformation in Hessen diskutiert. „Wir sind fest davon



überzeugt, dass eine starke Wirtschaft immer Hand in Hand mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten einhergehen und gemeinsam gedacht werden müssen. Für uns als SPD-Fraktion steht deshalb der Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und guter Arbeit bei der Gestaltung der Transformation im Mittelpunkt.“ Im Interesse der Menschen brauche es ein Zusammenspiel von Wirtschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie ihrer gewerkschaftlichen Vertretung und der Politik. „Das ist nach unserer Auffassung die Aufgabe von verantwortungsvoller Wirtschaftspolitik“, machte Eckert deutlich. Der Transformationsgesetzentwurf der SPD sei das einzige parlamentarische Vorhaben, das sich umfänglich und dezidiert mit der Frage der Transformation der hessischen Wirtschaft befasse.

## WASSERKNAPPHEIT

„128 Liter Wasser verbraucht ein Mensch in Deutschland pro Tag“, sagte Florian Schneider in der Plenardebatte um Trockenheit und Wasserknappheit. Die anhaltende Trockenheit und Wasserknappheit gehörten mittlerweile zur Realität und doch mangle es an umgesetzten Lösungen der Landesregierung. „Es braucht eine Wasserentnahmeabgabe, um dem entgegenzuwirken und Maßnahmen langfristig bezahlen zu können. Und wir müssen Konzepte fördern, damit die Nutzung von Betriebswasser zunimmt und die Menge des Trinkwassers pro Tag sinkt“, forderte Schneider.





## STRASSENBAUbeiträge ABSCHAFFEN

### SPD-GESETZENTWURF



„überflüssig zu machen“, sagte Günther Rudolph in der Debatte zu dem SPD-Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Ebenso sei eine Einführung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen mit Rechtsunsicherheiten und erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden. „Kreisfreie Städte

„Die Erhebung von Beiträgen für die Sanierung von Straßen stellt viele vor finanzielle Probleme. Eine Abschaffung würde die Hessesinnen und Hessen, aber auch die Gemeinden selbst entlasten. Denn den Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen stehen teilweise erhebliche Personal- und Sachkosten gegenüber. Seit Jahren ist die Landesregierung tatenlos, um Straßenausbaubeiträge

und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden müssen Sonderzuweisungen vom Land erhalten. CDU und Grünen ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge allerdings gleichgültig, was sehr zum Unfrieden in den hessischen Gemeinden beiträgt. Wir hingegen werden nach der Landtagswahl in Regierungsverantwortung die Straßenausbaubeiträge abschaffen“, so Rudolph.

### GLEICHBERECHTIGUNGSGESETZ



„Mit unserem Gesetzentwurf legen wir eine Kernsanierung des Gleichberechtigungsgesetzes vor. Wir brauchen klare Vorgaben, Personalmindeststandards an Bevölkerung und Fläche orientiert, eine Mindestausstattung an finanziellen Mitteln, die Möglichkeit auf Fortbildung und Sanktionsmöglichkeiten“, sagte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nadine Gersberg. In dem SPD-Gesetzentwurf würden nicht-binäre Menschen zum ersten Mal in einem Gleichberechtigungsgesetz berücksichtigt. Zudem sei vorgesehen, dass die Landesregierung eine Stelle für Gleichberechtigungs- und Gleichstellungsfragen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes einrichte.

## HESSISCHE KRANKENHÄUSER STÄRKEN

### KRANKENHAUSGESETZ



„Die Aufstockung der Landesmittel zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen hätte einen wichtigen Beitrag leisten können. Es kann nicht sein, dass die finanzielle Belastung, von der Landesregierung auf andere geschoben wird – insbesondere auf die kommunalen Vertreterinnen

Mit einem entsprechenden Gesetzentwurf will die SPD-Landtagsfraktion dafür sorgen, dass die Investitionsmittel für die hessischen Krankenhäuser erhöht werden.

und Vertreter“, sagte Dr. Daniela Sommer in der Debatte. Die Landesregierung müsse endlich die Verantwortung übernehmen und sich um eine auskömmliche Investitionsförderung für eine qualitative und wohnortnahe Gesundheitsversorgung kümmern. Der von der Landesregierung immer wieder angeführte Strukturfonds trage in keiner Weise zu einer Entlastung bei. Die Lücke zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln und den tatsächlichen Bedarfen werde immer größer. „CDU und Grüne haben unsere Krankenhäuser in eine Schieflage gebracht und tragen auch Verantwortung für das Sparen am Personal. So kann man die Patienten- und Gesundheitsversorgung in Hessen nicht sicherstellen“, so Dr. Sommer.

titionsförderung für eine qualitative und wohnortnahe Gesundheitsversorgung kümmern. Der von der Landesregierung immer wieder angeführte Strukturfonds trage in keiner Weise zu einer Entlastung bei. Die Lücke zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln und den tatsächlichen Bedarfen werde immer größer. „CDU und Grüne haben unsere Krankenhäuser in eine Schieflage gebracht und tragen auch Verantwortung für das Sparen am Personal. So kann man die Patienten- und Gesundheitsversorgung in Hessen nicht sicherstellen“, so Dr. Sommer.

## VERFASSUNGSRECHTLICH BEDENKLICH

Der Hessische Landtag hat in Dritter Lesung die Änderungen an verschiedenen Sicherheitsgesetzen des Landes Hessen beschlossen. „Nach den Anhörungen zu den Gesetzesänderungen, hätten CDU und Grüne die Möglichkeit gehabt, ihre Pläne zu ändern. Das wäre mehr als richtig gewesen, denn die Kritik der Expertinnen und Experten war verheerend. Noch dazu werden die zentralen verfassungsrechtlichen Einwände mit dem Entwurf nicht ausgeräumt. Mit der Regelung des Abs. 3 Nr. 3 sollen die Datenanalyse weiterhin für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten einsetzen, was das Gericht in Karlsruhe ausdrücklich moniert hatte“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der



SPD-Landtagsfraktion, Heike Hofmann die Ablehnung der SPD. Der Gesetzentwurf sei weit von den verfassungsrechtlich erforderlichen Vorgaben zur Gewährleistung von

Transparenz, Rechtsschutz und Kontrolle entfernt. „CDU und Grüne haben sich dagegen gewehrt, dies alles in einem parlamentarischen Verfahren zu erörtern. Das ist eine Zumutung für das Parlament, vor allem aber für die hessische Polizei, die es nicht verdient hat, dass nach den Entscheidungen von 2018 und 2023 schon wieder eine Norm des Polizeigesetzes für verfassungswidrig erklärt wird und sie damit – obwohl sie dies nicht zu verantworten hat – erneut öffentlich in Misskredit gerät“, kritisierte Hofmann.

## STÄRKUNG DER ORTSGERICHTE

Der Hessische Landtag hat über die Änderung des Ortsgerichtsgesetzes debattiert. „Erst durch unser Bemühen ist eine von SPD, CDU und Grünen gemeinsam getragene Gesetzesinitiative zum Hessischen Ortsgerichtsgesetz entstanden, die die Schätzungen der Ortsgerichte künftig wieder für steuerliche Zwecke anerkennt“, sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gerald Kummer, dazu. Vorangegangen seien monatelange Debatten, unzählige Gespräche mit Vertretern der Hessischen Landesregierung und Initiativen der SPD-Fraktion. „Die in jeder hessischen Stadt oder Gemeinde anzufindenden Ortsgerichte übernehmen vielfältige Aufgaben und leisten für die Bürgerinnen und Bürger wichtige Hilfeleistungen. Sie sind in ihrer Form einmalig in Deutschland. Durch unsere Initiative werden die Ortsgerichte nicht nur erhalten, sondern gestärkt. Es lohnt sich zu kämpfen“, so Kummer.



## ENERGIEWENDE



Die FDP-Fraktion hat einen Antrag zur Förderung der Geothermie gestellt und dabei die Landesregierung aus CDU und Grünen für die Verschleppung der Energiewende in Hessen kritisiert. Die Koalition aus CDU und Grünen hat dem einen Antrag voller Selbst-

lob entgegengestellt. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stephan Grüger, forderte in der Plenardebatte die demokratischen Fraktionen auf, im zuständigen Wirtschaftsausschuss zu einer sachlichen und faktenbasierten gemeinsamen Position zu kommen. „So ist es uns beim hessischen Energiegipfel für Windkraft und Solarstrom gelungen, es wäre gut, wenn uns dies auch bei der Geothermie gelänge“, so Grüger.

### IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

### REDAKTION:

Isabel Kunkel,  
Cord Wilke.

### BILDER:

Angelika Aschenbach,  
Christof Mattes.